

Sächsischer Stahlgipfel am 14. August 2019 in Dresden

Positionspapier „Für eine moderne und zukunftsfeste Stahlindustrie in Sachsen“

Aufbauend auf einer jahrhundertealten Tradition prägen heute Innovationskraft sowie hohe technologische Standards in Herstellung und Verarbeitung die sächsische Stahlindustrie. Ihre Stärke bezieht sie aus einer funktionierenden und zukunftsorientierten Zusammenarbeit der Tarifparteien. In den drei großen Stahlwerken in Sachsen erzeugen rund 1.700 Beschäftigte jährlich ca. 1,3 Mio. t Stahl. Rund 11.400 Beschäftigte sind insgesamt in der Metallherzeugung- und Bearbeitung in Sachsen tätig. Die sächsische Stahlindustrie ist damit Teil der hochwertigen und innovativen Stahlproduktion in Deutschland. Heimischer Stahl ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die deutsche und die auch in Sachsen starke Anwenderindustrie, vor allem die Automobilindustrie und der Maschinen- und Anlagenbau, ebenso hochwertige und innovative Produkte herstellen und sich damit im globalen Wettbewerb behaupten können.

Die Sächsische Staatsregierung setzt sich daher insbesondere in der nationalen „Allianz der Stahlländer“ dafür ein, dass die Stahlindustrie in Sachsen auch künftig ein starker Teil der Industrie der Zukunft sein wird.

Zusammen mit den am heutigen Sächsischen Stahlgipfel vertretenen Stahlunternehmen, ihren Betriebsratsvorsitzenden, der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen sowie der Wirtschaftsvereinigung Stahl vertritt die Staatsregierung folgende Positionen:

Energie- und Klimapolitik

Die sächsische Stahlindustrie stellt sich den zentralen Anforderungen der Energie- und Klimapolitik. Zugleich darf die energieintensive Stahlindustrie durch die Energiewende nicht zusätzlich belastet werden. Dabei kommt der weiteren Verbesserung der Energieeffizienz eine Schlüsselrolle zu. Die Staatsregierung wird sich daher dafür einsetzen, dass die EFRE-kofinanzierte Förderung zur Energieeffizienzsteigerung ab der neuen Förderperiode 2021 auch für Großunternehmen z. B. aus der sächsischen Stahlindustrie geöffnet wird.

Die Stahlindustrie bekennt sich zum Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2050 signifikant zu senken. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Industrie in Sachsen und in Ostdeutschland in den vergangenen Dekaden bereits einen großen Beitrag zur Verringerung der Treibhausgasemissionen erbracht hat. Zudem ist bereits mit der Verwendung von Schrott als Rohstoff und dem Verfahren der Elektro Stahlproduktion selbst eine signifikante Senkung des CO₂-Ausstoßes im Vergleich zur konventionellen Stahlproduktion verbunden. Die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der hiesigen Elektro Stahlproduktion darf daher nicht durch etwaige Einschränkungen bei der Versorgungssicherheit, weiter steigende Stromkosten oder zusätzliche CO₂-Auflagen gefährdet werden. Dies gilt gerade mit Blick auf den europäischen Emissionsrechtehandel, durch den die Stahlindustrie bereits einer CO₂-Bepreisung unterliegt. Die notwendige, grundsätzliche Reform des Steuer- und Abgabensystems in Bezug auf die Energie- und Klimapolitik muss faire Wettbewerbsbedingungen für die Stahlindustrie in Deutschland und Europa schaffen. Die Staatsregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die dahingehenden Belange der Stahlindustrie berücksichtigt werden. Derzeit erarbeitet die Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung der Beschlüsse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Die Staatsregierung vertritt die Auffassung, dass der in einem breiten gesellschaftlichen Konsens gefasste Kompromiss unbedingt zu respektieren und 1:1 umzusetzen ist. Dies gilt für das Strukturstärkungsgesetz Kohleregioenen ebenso wie für das Kohleausstiegsgesetz. Die Staatsregierung erwartet, dass die Bundesregierung zeitnah die entsprechenden Entwürfe vorlegt.

Außenhandel

Auch die sächsische Stahlindustrie steht in einem harten globalen Wettbewerb. Die weltweiten Überkapazitäten beim Stahl, Wettbewerbsverzerrungen durch Dumpingpreise, die Problemfelder der internationalen Handelspolitik – zunehmender Protektionismus und Zölle, der Handelskonflikt USA-China – belasten die heimische Stahlindustrie in besonderer im Rahmen der Allianz der Stahlländer an die Bundesregierung gewandt. Die Staatsregierung wird sich weiter für WTO-konforme Lösungen als Antwort auf unlauteren Wettbewerb einsetzen und die Außenhandelsaktivitäten der sächsischen Stahlindustrie unterstützen.

Das außenwirtschaftliche Umfeld der Stahlindustrie hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Auch die sächsische Stahlindustrie ist von den globalen Entwicklungen erheblich betroffen. Dazu beigetragen haben verfestigte Überkapazitäten auf globaler Ebene, Wettbewerbsverzerrungen, die vor allem durch den chinesischen Staatsinterventionismus ausgelöst wurden und eine zunehmend protektionistische Neuausrichtung der US-amerikanischen Handelspolitik, die zu massiven Umleitungen von Stahllieferungen in den europäischen Markt geführt hat

Die Staatsregierung unterstützt einen freien und fairen Welthandel und tritt für Multilateralismus ein. Gleichzeitig fordert sie jedoch, dass das Handelsschutzinstrumentarium der EU konsequent angewendet und adäquat weiterentwickelt wird, um schlagkräftiger auf insbesondere staatlich hervorgerufene Marktverzerrungen reagieren zu können. Aktuell stehen vor allem die Schutzklausel-Maßnahmen der EU im Fokus, die in ihrer jetzigen Ausgestaltung nicht geeignet sind, die massiven Handelsumleitungen von Stahl in den europäischen Markt wirkungsvoll zu begrenzen und die Stahlindustrie vor Schaden zu bewahren. Dazu hat sich Sachsen mit den anderen Stahlländern im Rahmen der Allianz der Stahlländer an die Bundesregierung gewandt und eine grundlegende Überarbeitung der Maßnahmen angemahnt.

Bildung, Forschung und Entwicklung

Die sächsische Stahlindustrie zeichnet sich durch ihre Innovationfähigkeit und -kraft aus. Nur mit Forschung und Entwicklung und daraus erwachsenden Innovationen kann hochwertiger Stahl auch in Zukunft nachhaltig erzeugt und verarbeitet werden. Sie sind der Garant für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie in Sachsen. Auch die Anforderungen der Anwenderindustrien wachsen mit Blick auf Qualität, spezifische Eigenschaften, Nachhaltigkeit und CO₂-Emissionen. Die sächsische Wissenschaftslandschaft bietet vielfältige Kompetenzen sowohl in der Forschung als auch in der Lehre, die auch der hiesigen Stahlindustrie zu Gute kommen.

Die Staatsregierung wird den „Masterplan Energieforschung in Sachsen“ von SMWK und SMWA konsequent umsetzen und die Energieforschung an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Sachsen fördern. Die Staatsregierung unterstützt die Unternehmen bei Forschungs- und Entwicklungsarbeiten mit der offen und breit angelegten sächsischen Technologieförderung. Hinsichtlich der Reduktion der CO₂-Emission können sich künftig auch durch eine Zusammenarbeit mit dem im Aufbau befindlichen DLR-Institut für Dekarbonisierte Industrieprozesse in Cottbus/Zittau neue Möglichkeiten eröffnen.

Eine zukunftsfeste sächsische Stahlindustrie ist auf gut ausgebildete Facharbeiter angewiesen. Deshalb kommt einer qualitativ hochwertigen dualen Ausbildung bei der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlindustrie eine Schlüsselrolle zu. Die Stahlstandorte in Sachsen sollen durch mehr Ausbildung, Weiterbildungsmöglichkeiten und die Vereinbarkeit Beruf und Privatleben weiter gestärkt werden. Darüber hinaus sind Anstrengungen notwendig, um für eine größere Akzeptanz industrieller Produktion in der Bevölkerung zu werben. Dabei sollen die Vorteile tarifgebundener, mitbestimmter Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze in der sächsischen Stahlindustrie stärker herausgestellt werden.

Kreislaufwirtschaft

Stahl ist ein Werkstoff, der immer wieder ohne Qualitätsverlust vollständig und mehrmals recycelt werden kann. Im Kreislauf entsteht aus Schrott qualitativ hochwertiger Stahl, so auch in den Elektroöfen in Sachsen. Fast die Hälfte des in Deutschland produzierten Stahls wird aus Schrott hergestellt, damit werden natürliche Ressourcen gespart. Zudem können Nebenprodukte der Stahlindustrie in den Materialkreislauf zurückgeführt werden. Damit leistet die sächsische Stahlindustrie auch einen aktiven Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Stahl bildet für viele innovative Produkte den Basiswerkstoff und ist in zahlreichen industriellen Wertschöpfungsketten integraler Bestandteil und Ausgangspunkt für Wohlstand und Beschäftigung in Sachsen – von der Forschung bis zur Fertigung. Dies gilt besonders für wichtige Kernbranchen in Sachsen, namentlich den Fahrzeug-, Maschinen- und Anlagenbau, den Energiemaschinenbau, aber auch die Bauindustrie. In der Industrie der Zukunft wird die Kreislaufwirtschaft eine zentrale Rolle spielen. Dazu wird auch die Stahlerzeugung gehören. Daher wird die Staatsregierung die Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft als einer zeitgemäßen Form der nachhaltigen Produktion sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene unterstützen.